

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Tobias Matthias Peterka und der
Fraktion der AfD
– Drucksache 20/14863 –**

Auslastung der im Bundesministerium der Justiz beschäftigten Juristen (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/6680)

Vorbemerkung der Fragesteller

Zu den Hauptaufgaben des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) gehört es, Gesetzgebungsvorhaben des Bundes im Bürgerlichen Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht, Strafrecht und Prozessrecht vorzubereiten und zu begleiten (www.bmj.de/DE/Ministerium/AufgabenOrganisation/AufgabenOrganisation_node.html). Im Übrigen verweisen die Fragesteller auf die Vorbemerkung der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/6297. Die Antwort der Bundesregierung gibt den Fragestellern Anlass zu folgenden Nachfragen.

1. Wie viele „Juristinnen und Juristen“ (nachfolgend: Juristen) sind aktuell im Bundesministerium der Justiz beschäftigt?

Im Bundesministerium der Justiz sind aktuell 367 Juristinnen und Juristen im aktiven Dienst tätig.

2. Wie viele Gesetzentwürfe der Bundesregierung in den in Frage 1 genannten Rechtsgebieten wurden in der 20. Wahlperiode durch die Bundesregierung beim Deutschen Bundestag eingebracht und dort im Rechtsausschuss behandelt, um welche Gesetzentwürfe handelt es sich (bitte die jeweilige Bundestagsdrucksache angeben)?

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass das parlamentarische Fragerecht nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Regierung dient und es nicht Bestandteil der parlamentarischen Kontrollfunktion ist, frei verfügbare Informationen durch die Bundesregierung zusammentragen und anschaulich aufbereiten zu lassen.

Die erfragte Anzahl der in der Federführung des Bundesministeriums der Justiz erstellten Gesetzentwürfe kann der nachfolgenden Liste entnommen werden. Die jeweilige Bundestagsdrucksache ist dem Dokumentations- und Informationssystem des Deutschen Bundestags (DIP) zu entnehmen.

- Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates,
- Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der EU-Verordnungen über grenzüberschreitende Zustellungen und grenzüberschreitende Beweisaufnahmen in Zivil- oder Handelssachen, zur Änderung der Zivilrechtshilfe, des Vormundschafts- und Betreuungsrechts sowie sonstiger Vorschriften,
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Aufhebung des Verbots der Werbung für den Schwangerschaftsabbruch (§ 219a StGB), zur Änderung des Heilmittelwerbegesetzes und zur Änderung des Einfuhrungsgesetzes zum Strafgesetzbuch,
- Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung des Haager Übereinkommens vom 2. Juli 2019 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zur Änderung der Zivilprozessordnung,
- Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung der Regelungen zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften,
- Entwurf eines Gesetzes zur Einführung virtueller Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften und Änderung weiterer Vorschriften,
- Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des Güterrechtsregisters,
- Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Verkündungs- und Bekanntmachungswesens,
- Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie,
- Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes,
- Entwurf eines Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden,
- Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Aufsicht bei Rechtsdienstleistungen und zur Änderung weiterer Vorschriften des Rechts der rechtsberatenden Berufe,
- Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich,
- Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2101 im Hinblick auf die Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen sowie zur Änderung des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes und des Pflichtversicherungsgesetzes,
- Entwurf eines Gesetzes zur Überarbeitung des Sanktionenrechts – Ersatzfreiheitsstrafe, Strafzumessung, Auflagen und Weisungen sowie Unterbringung in einer Entziehungsanstalt,
- Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2020/1828 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG (Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz – VRUG),
- Entwurf eines Gesetzes zur digitalen Dokumentation der strafgerichtlichen Hauptverhandlung (Hauptverhandlungsdokumentationsgesetz – DokHVG),

- Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2118 im Hinblick auf die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht,
- Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten,
- Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Vertrages vom 5. April 2022 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die grenzüberschreitende polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit,
- Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes,
- Entwurf eines Gesetzes zur Regelung hybrider und virtueller Versammlungen in der Bundesnotarordnung, der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Patentanwaltsordnung und dem Steuerberatungsgesetz sowie zur Änderung weiterer Vorschriften des Rechts der rechtsberatenden Berufe,
- Entwurf eines Gesetzes zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 216/2013 über die elektronische Veröffentlichung des Amtsblatts der Europäischen Union,
- Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit (Justizstandort-Stärkungsgesetz),
- Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Leitentscheidungsverfahrens beim Bundesgerichtshof,
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ehenamens- und Geburtsnamensrechts,
- Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes – Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs mit dem Bundesverfassungsgericht,
- Entwurf eines Gesetzes zur Zulassung virtueller Wohnungseigentümerversammlungen, zur Erleichterung des Einsatzes von Steckersolargeräten und zur Übertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten für Erneuerbare-Energien-Anlagen,
- Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Völkerstrafrechts,
- Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Mindeststrafen des § 184b Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3 des Strafgesetzbuches – Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Inhalte,
- Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Digitalisierung der Justiz,
- Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz),
- Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung missbräuchlicher Ersteigerungen von Schrottimmobilien (Schrottimmobilien-Missbrauchsbekämpfungsgesetz),
- Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Digitalisierung der Zwangsvollstreckung,
- Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Reform des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes,

- Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Einsatzes von Verdeckten Ermittlern und Vertrauenspersonen sowie zur Tatprovokation*,
- Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 3. Dezember 2009 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über die Rechtshilfe in Strafsachen,
- Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/541 zur Terrorismusbekämpfung,
- Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer elektronischen Präsenzbeurkundung,
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zuständigkeitsstreitwerts der Amtsgerichte, zum Ausbau der Spezialisierung der Justiz in Zivilsachen sowie zur Änderung weiterer prozessualer Regelungen,
- Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Schiedsverfahrensrechts,
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Höfeordnung und zur Änderung der Verfahrensordnung für Höfesachen,
- Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen,
- Entwurf eines Gesetzes zur erleichterten Durchsetzung der Rückgabe von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut,
- Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR,
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften sowie von dem Gemeinwohl dienenden Tätigkeiten,
- Entwurf eines Gesetzes zur Entwicklung und Erprobung eines Online-Verfahrens in der Zivilgerichtsbarkeit,
- Entwurf eines Gesetzes zur zivilrechtlichen Erleichterung des Gebäudebaus (Gebäudetyp-E-Gesetz)*,
- Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen und zur Änderung weiterer Gesetze (Strafverfolgungsentschädigungsreformgesetz – StrERG)*,
- Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der genossenschaftlichen Rechtsform*,
- Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Verpflichtungsgesetzes und zur Änderung des Europäische-Staatsanwaltschaft-Gesetzes*,
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn*,
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Regelungen des Rechts der Wohnraummiete*.

* Bislang nicht im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages behandelt.

3. Welche der in Frage 2 erfragten Gesetzentwürfe wurden nach dem 5. Mai 2023 beim Deutschen Bundestag eingebracht?
4. In welchem Zeitraum wurden die in Frage 3 erfragten Gesetzentwürfe jeweils erstellt?

Die Fragen 3 und 4 werden gemeinsam beantwortet.

Die Gesetzentwürfe in der Antwort zu Frage 2 sowie die erfragten Zeiträume können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Vorarbeiten an den Gesetzentwürfen, die bereits in der 19. oder in früheren Legislaturperioden geleistet wurden, bleiben im Folgenden außer Betracht. Als Anfangsdatum ist jeweils der Monat der Aufnahme der Arbeiten im federführenden Referat bestimmt. Als Enddatum ist jeweils der Monat des Kabinettsbeschlusses bestimmt.

Amtliche Vorhabenbezeichnung	Zeitraum
Entwurf eines Gesetzes zur digitalen Dokumentation der strafgerichtlichen Hauptverhandlung (Hauptverhandlungsdokumentationsgesetz – DokHVG)	April 2022 bis Mai 2023
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2118 im Hinblick auf die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht	März 2022 bis Mai 2023
Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten	November 2021 bis Mai 2023
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Vertrages vom 5. April 2022 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die grenzüberschreitende polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit	Oktober 2022 bis Juni 2023
Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes	März 2022 bis Juli 2023
Entwurf eines Gesetzes zur Regelung hybrider und virtueller Versammlungen in der Bundesnotarordnung, der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Patentanwaltsordnung und dem Steuerberatungsgesetz sowie zur Änderung weiterer Vorschriften des Rechts der rechtsberatenden Berufe	Juli 2022 bis Juli 2023
Entwurf eines Gesetzes zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 216/2013 über die elektronische Veröffentlichung des Amtsblatts der Europäischen Union	Juni 2020 bis Juli 2023
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Justizstandortes Deutschland durch Einführung von Commercial Courts und der Gerichtssprache Englisch in der Zivilgerichtsbarkeit (Justizstandort-Stärkungsgesetz)	August 2022 bis Oktober 2023
Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Leitentscheidungsverfahrens beim Bundesgerichtshof	Februar 2023 bis August 2023
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ehenamens- und Geburtsnamensrechts	September 2021 bis August 2023
Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes – Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs mit dem Bundesverfassungsgericht	Juli 2022 bis August 2023
Entwurf eines Gesetzes zur Zulassung virtueller Wohnungseigentümersammlungen, zur Erleichterung des Einsatzes von Steckersolargeräten und zur Übertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten für Erneuerbare-Energien-Anlagen	Februar 2022 bis September 2023
Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Völkerstrafrechts	März 2023 bis November 2023
Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Mindeststrafen des § 184b Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3 des Strafgesetzbuches – Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Inhalte	Januar 2023 bis Februar 2024
Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Digitalisierung der Justiz	Mai 2022 bis März 2024

Amtliche Vorhabenbezeichnung	Zeitraum
Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)	Mai 2023 bis März 2024
Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung missbräuchlicher Ersteigerungen von Schrottimmobilien (Schrottimmobilien-Missbrauchsbekämpfungsgesetz)	Oktober 2023 bis März 2024
Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Digitalisierung der Zwangsvollstreckung	Juli 2022 bis März 2024
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Reform des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes	September 2023 bis März 2024
Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Einsatzes von Verdeckten Ermittlern und Vertrauenspersonen sowie zur Tatprovokation	Dezember 2022 bis März 2024
Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 3. Dezember 2009 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über die Rechtshilfe in Strafsachen	August 2022 bis März 2024
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/541 zur Terrorismusbekämpfung	Juli 2023 bis Mai 2024
Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer elektronischen Präsenzbeurkundung	November 2023 bis Mai 2024
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zuständigkeitsstreitwerts der Amtsgerichte, zum Ausbau der Spezialisierung der Justiz in Zivilsachen sowie zur Änderung weiterer prozessualer Regelungen	April 2023 bis Juni 2024
Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Schiedsverfahrensrechts	Februar 2023 bis Juni 2024
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Höfeordnung und zur Änderung der Verfahrensordnung für Höfesachen	November 2023 bis Dezember 2024
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen	September 2022 bis Juli 2024
Entwurf eines Gesetzes zur erleichterten Durchsetzung der Rückgabe von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut	Februar 2022 bis Juli 2024
Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR	Januar 2023 bis August 2024
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften sowie von dem Gemeinwohl dienenden Tätigkeiten	Juni 2024 bis September 2024
Entwurf eines Gesetzes zur Entwicklung und Erprobung eines Online-Verfahrens in der Zivilgerichtsbarkeit	Mai 2023 bis September 2024
Entwurf eines Gesetzes zur zivilrechtlichen Erleichterung des Gebäudebaus (Gebäude-typ-E-Gesetz)	März 2024 bis November 2024
Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen und zur Änderung weiterer Gesetze (Strafverfolgungsentschädigungsreformgesetz – StrERG)	März 2024 bis November 2024
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der genossenschaftlichen Rechtsform	Februar 2023 bis November 2024
Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Verpflichtungsgesetzes und zur Änderung des Europäische-Staatsanwaltschaft-Gesetzes	Januar 2024 bis November 2024
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn	April 2024 bis Dezember 2024
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Regelungen des Rechts der Wohnraummiete	November 2024 bis Dezember 2024

5. Wurde nach dem 5. Mai 2023 im BMJ damit begonnen, die Befassung der dort beschäftigten Juristen mit der Erstellung der in Frage 2 genannten Gesetzentwürfe, der Prüfung von Gesetz- und Verordnungsentwürfen anderer Ressorts bzw. mit sonstigen Aufgaben des BMJ zu erfassen, um eine Aussage darüber treffen zu können, wie viele der im BMJ beschäftigten Juristen mit diesen Tätigkeiten jeweils zu welchen Zeiten betraut waren, und wenn ja, wie sehen diese Zahlen aus?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 1 und 4 bis 6 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/6680 verwiesen.

6. Zu welchen der in Frage 3 genannten Gesetzentwürfe wurde externer Rechtsrat eingeholt, und welche Kosten sind dabei jeweils entstanden?

Abgesehen von Expertenkommissionstreffen und Sachverständigenanhörungen – gegebenenfalls unter Erstattung der Reisekosten – wurde zu den in der Antwort zu Frage 3 aufgeführten Gesetzgebungsvorhaben kein externer Rechtsrat eingeholt.

